

Friedenspolitik im 21. Jahrhundert

von Dr. Angela Merkel

Die Friedenspolitik ist ein zentrales Thema, das viele von uns in diesem Jahr bereits umgetrieben hat, uns gegenwärtig noch auf den Nägeln brennt und uns auch in der nahen Zukunft sicherlich noch vielfach beschäftigen wird. Die letzten Monate, die ja zum Teil durch sehr kontroverse Diskussionen speziell über außenpolitische Fragestellungen gekennzeichnet waren, geben auf vielfältige Art und Weise Anlass dazu, die Friedensfrage noch einmal etwas grundsätzlicher zu stellen und die damit verbundenen politischen Herausforderungen vielleicht noch etwas weiter und umfassender als bisher in den Blick zu nehmen.

Friedenssicherung als nationale Aufgabe

Wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang darum die innenpolitische Dimension der Friedensfrage zu sein, also sozusagen die mit der Friedenssicherung in unserem eigenen Land verbundenen Aufgaben. Vielleicht muss in Zukunft erst noch eine größere Sensibilität dafür geschaffen werden, dass äußerer und innerer Frieden immer zusammen gehören und niemals getrennt werden dürfen.

Blicken wir zunächst auf die nationale Ebene, auf die Bundesrepublik Deutschland, dann stellen sich vor allem die folgenden Fragen: Was ist das Selbstverständnis der Menschen in unserem Land? Wie möchten wir in 20 oder 30 Jahren leben und wie können wir es dabei schaffen, an die im wahrsten Sinne des Wortes „friedlichen“ und freiheitlichen Traditionen unserer ersten 50 Jahre der Bundesrepublik Deutschland auch im 21. Jahrhundert anzuknüpfen?

Wenn wir nun über unser Selbstverständnis sprechen, dann müssen wir notgedrungen auch über die Probleme sprechen, die vor uns liegen. Die von der Union eingerichtete „Herzog-Kommission“ befasst sich beispielsweise gerade mit der langfristigen Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme. Diese sozialen Sicherungssysteme waren nun immer auch ein Teil dessen, was wir als unseren Erfolgsweg in der CDU/CSU angesehen haben, nämlich des Weges der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft – und das kann gar nicht oft genug betont werden – ist eben nun einmal das Werk der christlich demokratischen Politik und nicht etwa das der Sozialdemokratie oder irgendwelcher anderer Kräfte in Deutschland!

Auch in Zukunft wollen wir auf diese Errungenschaft aufbauen und verlässliche Politik betreiben. Aber die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme muss sich natürlich auch weiterhin an den Veränderungen unserer Arbeitswelt und unserer Bevölkerungsstruktur ausrichten. Die CDU war die erste Partei, die sich programmatisch den mit der demographischen Veränderung der Altersstruktur gegebenen Herausforderungen gestellt hat. Die Lebenserwartung der Menschen in unserem Land hat über die Jahre hinweg stetig zugenommen und dies ist ja auch ein durchaus freudiges Ereignis, zumal diese Entwicklung einhergeht mit einem Zuwachs an Lebensqualität. Vergleicht man unsere Situation mit der früherer Generationen, bei denen die Lebenserwartung bei durchschnittlich dreißig Jahren lag, so ist es schon unglaublich, welchen großen Teil unseres Lebens wir heute dazu nutzen können, über dieses Leben nachzudenken, zu reflektieren und für die Zukunft Vorsorge zu treffen. Hier besteht meines Erachtens kein Grund zum Jammern und Lamentieren.

Auf der anderen Seite aber haben wir natürlich das Problem der Alterspyramide, weil wir bereits in wenigen Jahren zu viel alte und zu wenige junge Menschen in unserem Land haben werden. Das führt dazu, dass wir in den nächsten 30 Jahren den Generationenvertrag, wie wir ihn noch aus Zeiten Adenauers kennen, nicht in derselben Weise fortschreiben können wie bisher. Wir werden neu darüber nachzudenken haben, wie der Generationenvertrag – unter den veränderten Bedingungen – gestaltet werden kann. Und ich rate uns als verantwortungsvolle Menschen und verantwortlich agierende Partei, dies heute zu tun. Nur wenn wir heute Vorsorge treffen, stellen wir sicher, dass unsere Kinder und Kindeskiner nicht die ganze ererbte Generationenlast, die zuvor auf viele Schultern verteilt war, nun alleine und mit einem Mal zu tragen haben!

Ich glaube, dass wir nur im gesellschaftlichen Miteinander eine Chance haben, die Zukunft unseres Landes erfolgreich zu gestalten. Dazu gehört in unverzichtbarer Weise, dass wir uns immer wieder die Frage stellen, welche Lebensperspektiven wir noch für unsere Kinder sehen können. Unsere Kinder brauchen Arbeitsplätze und sie haben einen Anspruch, die medizinischen Leistungen zu bekommen, die sie benötigen. Unsere Kinder haben einen Anspruch darauf, eine ausreichende Rente zu erhalten, aber auch darauf, dass die Würde des menschlichen Lebens im umfassenden Sinne gesichert werden kann, und zwar vom Anbeginn an bis zum Ende.

Und wenn wir das schaffen wollen, dann müssen wir im 21. Jahrhundert lernen, über den Tag hinaus zu denken. Ich glaube übrigens, dass es auch für die dauerhafte Akzeptanz des Christentums in unserem Lande richtig und wichtig ist, dass gerade Christen sich hier an vorderster Stelle einsetzen.

Es ist eine gute Entwicklung, dass diese Diskussion in der evangelischen Kirche gegenwärtig weitaus verantwortlicher und angemessener geführt wird als dies noch vor fünf oder zehn Jahren der Fall war. Die Botschaften zu diesen Themen sind oft nachdenkenswert, sie sind vor allem nicht mehr von den alten ideologischen bzw. falsch verstandenen Ideen von Gerechtigkeit geprägt. Der Frage, was Generationengerechtigkeit tatsächlich bedeutet, wird nicht ausgewichen, stattdessen stellt man sich der Tatsache, dass es auch in Zukunft ein paar Leute geben muss, die etwas in den gesamtgesellschaftlichen „Topf“ einbringen, bevor dieser verteilt werden kann. Ich bin mir ganz sicher, dass dazu gerade die Christen aus der CDU in der evangelischen Kirche einen entscheidenden Beitrag geleistet haben. Diesen Beitrag gilt es in unserer eigenen programmatischen Diskussion weiterzuführen. Summa summarum: Das künftige gedeihliche Zusammenleben der Generationen wird also eine erste entscheidende Gestaltungsaufgabe unserer Politik sein müssen, um den inneren sozialen Frieden in unserem Land dauerhaft zu sichern und zu bewahren.

Friedenspolitik als globale Herausforderung

Die zweite wichtige friedenspolitische Aufgabe stellt sich mit den durch die Wörter „Globalisierung“ und „Europa“ beschriebenen Herausforderungen. Von den Anfangszeiten der Sozialen Marktwirtschaft trennt uns heutzutage ja nicht nur die völlig unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die völlig unterschiedliche Wettbewerbssituation. Globalisierung führt dazu, dass wir heute praktisch immerzu im Wettbewerb bezüglich der Effizienz unserer Arbeit mit anderen auf der Welt stehen. Man kann sich nicht mehr verstecken, man kann seine Märkte nicht mehr national aufbauen. Und mit Sicherheit hat auch der europäische Binnenmarkt die Wettbewerbssituation noch einmal beträchtlich verstärkt. Aber diesem Wettbewerb müssen und wollen wir uns aussetzen.

Und wenn wir diesen Wettbewerb ernst nehmen, dann ist es in erster Linie die Maßgabe nationaler Politik, unsere eigenen Standorte zu stärken und den Menschen im Lande Arbeitsplätze zu ermöglichen. Hierbei wird es unverzichtbar sein, die völlige Kopplung des deutschen Sozialsystems an die Arbeitskosten ein Stück weit zu lösen,

damit wir im Vergleich mit anderen Ländern wettbewerbsfähig bleiben. Auf der einen Seite also müssen wir einen Teil der Sozialkosten von den Lohnkosten entkoppeln, auf der anderen Seite uns um hochleistungsfähige Arbeitsplätze bemühen, die Ausdruck unseres eigenen Know-hows und Standortprofils sind. Das bedeutet beispielsweise, dass wir sowohl in der Forschung als auch in der Entwicklung gut sein müssen, um zu verhindern, dass es auf breiter Ebene zu industriellen Abwanderungsbewegungen ins Ausland kommt. Es darf uns nicht egal sein, wo die Forschungsabteilungen der pharmazeutischen Industrie sind, wo der erste Transrapid gebaut wird, wo die Zulieferbetriebe für die Automobilindustrie produzieren und wo die Chemieindustrie sich ansiedelt.

Wenn das nicht bald begriffen wird, dann muss man kein Prophet sein, um vorherzusehen, dass dieses Land nicht dauerhaft in Frieden leben wird, weil es so große Kämpfe zwischen den Generationen und den unterschiedlichen Schichten geben wird. Das, was die Soziale Marktwirtschaft einmal ausgezeichnet hat, nämlich das friedliche Zusammenleben auf der Grundlage einer freiheitlichen Ordnung, würde unweigerlich in Gefahr geraten.

Deutschlands Lebensstandard ist nicht auf dem Niveau des Niedriglohnssektors zu erhalten, sondern nur auf der soliden Grundlage von Bildung, Innovationsfreudigkeit, Forscherdrang und gleichzeitig sicherer Wertebezogenheit zu gewährleisten. Hier gibt es fraglos sehr viel zu tun. Aber die Perspektive, die Richtung und die Zielvorgaben müssen schon klar sein, um überhaupt etwas zu bewegen und dauerhaft zu verändern.

Mein persönlicher Alptraum, der vielleicht auf den ersten Blick etwas obskur anmuten mag, ist das folgende Zukunftsszenario: Wir befinden uns im Jahre 2040 oder 2050, die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist über 60 und jeder besitzt eine Windkraftanlage. Dann verdient jeder Deutsche Geld, bemerkt aber nicht, dass er Geld verdient, dass subventioniert ist. Wenn aber jeder Deutsche eine Windkraftanlage besitzt, wird es auch nie mehr eine demokratische Mehrheit dafür geben können, diese wieder abzuschaffen. Das bedeutete dann schlimmstenfalls, dass sich die Demokratie selbst durch eine Illusion blockiert. Das, was ich hier gleichnishaft karriere, darf uns aber nicht passieren, wenn es um den Frieden in unserer Gesellschaft geht. Deshalb müssen wir rechtzeitig handeln.

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg: Das Beispiel Europa

Ein weiterer wesentlicher Faktor, der unsere Gesellschaft geprägt hat, ist aus der Europäischen Union erwachsen. Erst im Rückblick ermessen wir, welche enormen Leistungen hier im Laufe der letzten Jahrzehnte erbracht wurden und welche vorbildliche Versöhnungsarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg hier für das „Haus Europa“ geleistet wurde. Europa war für Deutschland nach dem Krieg – insbesondere für Westdeutschland – ein unglaubliches Wagnis. Wenn wir heute vor vielen schwierigen und kontroversen Fragen in der Europäischen Union stehen, ist es vielleicht nicht schlecht, sich an die noch viel schwerwiegenderen Probleme ihrer Gründungszeit zu erinnern. In der Rückschau beeindruckt hier vor allem die gewaltige Versöhnungsarbeit im Dienste der Verständigung der Völker Europas und der Friedenssicherung. Das mag vieles von dem, was uns heute belastet, zumindest ein Stück weit relativieren und uns obendrein Mut machen, auf dem gemeinschaftlichen Wege – trotz vieler Differenzen – unbeirrt weiter zu schreiten.

Gegenwärtig ist der europäische Verfassungsvertrag in der Diskussion. Europa – so mutet es vielen Beobachtern an – scheint inzwischen eine sehr pragmatische Veranstaltung geworden zu sein, und da geht es ja natürlich auch um Nutzen und Gegenutzen. Das Definieren von Interessen und einen gesunden Pragmatismus beim Bau und bei der Einrichtung des gemeinsamen Hauses „Europa“ befürworte ich außerordentlich. Sicherlich funktioniert hierbei einiges noch nicht, wie es sein sollte. Europa entsprach natürlich nie zu einhundert Prozent CDU-Vorstellungen. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass wir als Union in puncto Europa einen unverzichtbaren Beitrag geleistet haben. Ich glaube, wir haben Wesentliches in die europäische Verfassung mit hineingebracht, das einen enormen Fortschritt bedeutet. Sicherlich gibt es dabei die bekannten Punkte, die uns schmerzen. Bei der Asylfrage etwa und bei der Zuwanderung zum Arbeitsmarkt sind die Probleme noch nicht ausreichend geregelt. Und das sind natürlich Dinge des deutschen Interesses, die wir für unverzichtbar halten. Daher müssen wir zusehen, dass wir unsere Interessen wahren, müssen aber auch erkennen, dass nicht alles hundertprozentig erreicht werden kann. Es geht schließlich auf der anderen Seite auch um die gemeinsame Sache, hinter der dann auch einmal staatliche Sonderinteressen hinten anstehen müssen.

Ich habe durchaus kein Hehl daraus gemacht, dass ich es äußerst dramatisch finde, dass Europa heute leider nicht die Kraft hat, sich klar auf sein christliches Erbe zu beziehen, denn das hat ja in eminenter Weise etwas mit unserer gemeinsamen eu-

ropäischen Identität zu tun! Dass die Rolle der Kirchen in diesem Verfassungsvertrag in fester Weise verankert ist, und zwar so, wie es bisher nicht der Fall gewesen ist, ist zumindest ein wenig tröstlich und durchaus ein Erfolg unserer Bemühungen. Dass wir nämlich überhaupt dieses Thema „Gottesbezug“ auf der Tagesordnung gehalten und weiter betrieben haben, hat uns jetzt wenigstens einmal zur Erwähnung des religiösen Erbes geführt. Mir reicht das zwar nicht, aber manchmal muss man eben dicke Bretter bohren, um voranzukommen. Wir werden uns jedenfalls auch in dieser Frage nicht entmutigen lassen und hierfür weiter streiten.

Die besondere Herausforderung beim Thema „Europa“ und dann auch beim Thema „Globalisierung“ besteht darin, dass wir ein ausgeglichenes Verhältnis finden müssen zwischen der notwendigen Öffnung für Neues einerseits und unserer bleibenden Identitätsbindung andererseits. Diese Spannung gilt es auszuhalten. Globalisierung bedeutet eben auch, dass wir uns wieder stärker um unsere eigenen Wurzeln kümmern müssen. Wer aus seinem angestammten „Eckchen“ nicht herauskommt, der braucht sich natürlich auch nicht jeden Tag darüber Rechenschaft abzulegen, wo er herkommt. Er hat es nicht nötig, weil er einfach dort ist, wo er ist. Aber in dem Maße, wie für jeden einzelnen die gesamte Welt im Grunde genommen zugänglich wird, steigt auch die Anforderung an die Integrationskraft eines jeden einzelnen von uns: Um nicht irre geleitet zu werden vor lauter Vielfalt, muss ich doch darauf achten, dass ich selbst nicht auch noch beliebig werde, sondern weiß, wo mein ureigenes Standbein, mein Wertegerüst und meine Heimat ist.

Von daher ist es aber auch unverzichtbar, dass wir uns den mit der Globalisierung verbundenen Herausforderungen offensiv stellen. Wir müssen sie annehmen, weil hier viele zukünftige Chancen liegen. Wir müssen sie aber schon allein deshalb annehmen, weil wir vor den Problemen dieser Welt nicht einfach die Augen verschließen dürfen, sei es nun im Kongo, in Sierra Leone, in Venezuela oder in Argentinien! Darum ist es ja auch so wichtig, dass wir gerade als Europäer in dieser globalen Welt deutlich machen, dass die Europäische Union für uns mehr ist als eine Zweckgemeinschaft oder als irgendeine bessere Freihandelszone.

An der noch ungeklärten Frage „Was ist Europa?“ lässt sich auch die unterschiedliche Bewertung der Mitgliedschaft der Türkei ausmachen. Ich wage zu behaupten, dass das gesamte gesellschaftliche Verständnis in der Türkei sich an vielen Stellen erheblich von dem unterscheidet, was wir in den europäischen Demokratien kennen. Diesen Sachverhalt einfach zu leugnen oder zu verschweigen, wäre fatal. Ich erinne-

re hier beispielsweise nur an die unterschiedliche Art der Rechtsprechung, die Rolle des Militärs oder die Stellung der Frau in der Türkei. Dies alles und noch viele andere Bereiche in der Diskussion einfach auszulassen, würde bedeuten, dass man leichtfertig wesentliche Teile des europäischen Verständnisses und der Europäischen Union in ihrer Tiefe aufzugeben bereit wäre. Eine besondere Beziehung mit der Türkei ließe sich leicht herstellen, ebenso eine tragfähige Sicherheitsgemeinschaft - deshalb ist die Türkei ja auch in der NATO -, aber vor dem Hintergrund der ohnehin gewaltigen Integrationsaufgaben der Europäischen Union ist es dringend erforderlich, sicherzustellen, dass wir über die gleichen Dinge mit den gleichen Worten sprechen. Diesbezüglich gab es über viele Jahrzehnte hinweg auch viel Verlogenheit im Umgang mit den Türken. Manches, was wir in Europa über unser Selbstverständnis nicht miteinander ausgetragen haben, haben wir gegenüber den Türken dann einfach falsch dargestellt. Schon zu Zeiten Konrad Adenauers, vor vierzig Jahren, ist ihnen ja versprochen worden, dass sie Mitglied der Europäischen Union werden könnten. Ich plädiere hier für mehr Offenheit und Ehrlichkeit in der Sache, denn nur in dieser Form kann der zukünftige Dialog Früchte tragen.

Eines gilt jedoch in jedem Fall: Je deutlicher uns in Europa unsere gemeinsame Identität ist, desto klarer können wir auch über die Unterschiede zu anderen sprechen. Und wenn wir für die Werte Toleranz, Freiheit und den Dialog eintreten, dann werden wir das gegenüber dem Rest der Welt auch in Geschlossenheit zu vertreten haben. Gerade momentan – und damit bin ich bei der Friedensfrage in globaler Perspektive – sind wir als Europäer aufgefordert zu sagen, was uns wichtig ist. Die Frage lautet: Wofür sind wir denn bereit zu kämpfen?

Grundwerte als Voraussetzung

Aber Frieden ohne die für uns nötigen Grundwerte ist kein Frieden. Kein Wort war in der früheren DDR mehr benutzt als das Wort „Frieden“. Frieden à la DDR hieß dann: „Bloß ja nicht aufmucken, bloß still sein!“ Aber Frieden meint keine bloße Friedhofsruhe, sondern ist ein Zustand, in dem die Grundwerte menschlichen Zusammenlebens akzeptiert werden und dieses Zusammenleben so geordnet ist, dass jeder einzelne gegenüber dem anderen seine gesicherten Rechte besitzt.

Weil „Frieden“ eben nicht bloß ein schönes Wort sein darf, ist auch die Frage von Krieg und Frieden, mithin also auch die Frage des Grundsatzes des allgemeinen Schutzes von staatlicher Neutralität und Integrität auf der einen und einem womög-

lich abzuwägenden, ethischen Interventionsgebot aus humanitären bzw. sicherheitspolitischen Gründen auf der anderen Seite, eine so unendlich komplizierte Materie. Ein gutes Beispiel für die Schwierigkeiten friedenspolitischer Art ist der Kongo: Fünf Jahre lang haben wir uns nicht darum gekümmert. Nun ist es irgendwie auf die Tagesordnung gekommen. Hier stellt sich doch die Frage: Wo gucken wir zu und wo nicht, wenn Millionen Menschen umkommen? In Jugoslawien waren wir uns Mitte der neunziger Jahre einig, dass die Grenze des humanitär Zumutbaren erreicht war. Aber es gibt, wie ich finde, nach den Regeln der Menschenwürde doch wohl wenig Gründe, dass man in Jugoslawien anders verfährt als beispielsweise im Kongo oder anderswo auf der Welt.

Nach der Entdeckung der Massengräber im Irak dürfte im übrigen, zumindest aus diesem humanitären Blickwinkel, die nachträgliche Diskussion um den Irak-Krieg um einen wichtigen Aspekt ergänzt worden sein. Ein grundsätzliches Resümee, spätestens nach dem Irak-Krieg, lautet für mich: Wir müssen Institutionen schaffen – und darum muss die UNO gestärkt werden -, in denen verantwortlich darüber beraten wird, wo man sich als Weltgemeinschaft einmischen muss und wo nicht. Allerdings muss sich die UNO hier auch selbst von Grund auf reformieren. Eine UNO, in der alle mit der gleichen Stimme sitzen, diejenigen, die die Menschen umbringen genauso wie diejenigen, die in Demokratie leben, kann sich auf Dauer nur selbst blockieren und niemals die für die zukünftige Friedenspolitik relevanten Entscheidungen treffen. Es geht nicht ohne die Stärkung internationaler Institutionen, aus denen heraus legitimierte Entscheidungen getroffen werden können, aber diese dürfen nicht nur formal bleiben, sondern müssen auf dem Boden von Freiheit, Demokratie und Menschenwürde umgesetzt werden.

Spätestens seit dem 11. September des Jahres 2001 haben wir zu spüren bekommen, dass diese Welt voll von neuen Gefahren ist. Es sind dies Gefahren, denen wir uns in einer freiheitlichen Gesellschaft mit Sicherheit nicht entziehen können. Und diese Gefahren unterscheiden sich von den ehemaligen weltpolitischen Bedrohungsszenarien, etwa denen aus der Zeit des Kalten Krieges: Früher konnten wir bei den Kommunisten wenigstens davon ausgehen, dass sie sich nicht selbst umbringen wollten. Die Terroristen heute sind aber um des Vernichtens des westlich-demokratischen Systems willen bereit, sich selbst und ihr eigenes Leben aufs Spiel zu setzen. Und deshalb ist ja auch diese terroristische Kraft – halb oder ansatzweise unterstützt von staatlichen Strukturen - in bestimmten Teilen dieser Welt für uns eine

große Herausforderung. Verunsichert sind wir, weil wir nicht wissen, wie wir diese Formen des Terrorismus am besten bekämpfen können. Mit Sicherheit sind militärische Mittel und Optionen hier nicht das einzige. Aber wir durften in der jüngsten Vergangenheit auch erfahren, wie wichtig es für die demokratischen Staaten dieser Welt ist, die ja mit Recht auf ihre Freiheit und Offenheit stolz sind, sich vor denen zu schützen, die diese freiheitlichen Grundlagen bekämpfen wollen.

Nun können und wollen wir diese besondere Offenheit unserer Gesellschaft nicht abstellen. Denn wenn wir dies täten, dann hätten wir uns unserer eigenen Grundlagen beraubt. Die entscheidende Frage lautet: Wie können wir uns auf Dauer absichern, ohne unsere Demokratie aufzugeben? Und die Antwort auf diese Frage kann mit Sicherheit nicht darin liegen, dass wir erst einmal abwarten, was so alles passiert, und erst dann bereit sind, irgendwie zu handeln, wenn der nächste grauenvolle terroristische Anschlag bereits verübt worden ist.

Deutschland muss sich seiner Verantwortung stellen

Es führt nichts an dieser abschließenden Erkenntnis vorbei: Deutschland ist jetzt neu im Hinblick auf sein Selbstverständnis gefragt. Aber mit der Attitüde eines „Ohnemich-Standpunktes“, der Deutschland außenpolitisch isolieren würde, oder einem resignativen innenpolitischen Dauer-Lamento werden wir diese für den äußeren wie den inneren Frieden gleichermaßen entscheidenden Problembereiche nicht lösen können, geschweige denn den Wettbewerb in der Globalisierung!

Es muss uns vielmehr sowohl in unserem eigenen Land als auch in der Welt daran gelegen sein, uns mit neuer Kraft und neuer Energie für die Dinge einzusetzen, von denen wir überzeugt sind. Und so, wie wir unsere eigenen Überzeugungen nicht aufgeben dürfen, müssen wir auch versuchen, menschenwürdige Verhältnisse überall auf der Welt zu befördern. Ich glaube, wir Europäer haben hier eine wichtige Aufgabe, und deshalb bin ich ja so dafür eingetreten, dass Europa mit einer Stimme spricht. Europa muss mit einer Stimme sprechen. Ich wünsche mir dabei ein Deutschland, das sich einmischt, das sich gemeinsam mit Europa unserer eigenen Erfahrungen bewusst ist und dies auch in unsere Welt mit einbringt, damit die Globalisierung für uns nicht zur Bedrohung, sondern zur Chance wird.

Hier schließt sich für mich der Kreis, denn hier artikuliert sich das Selbstverständnis Deutschlands für die Zukunft: Deutschland ist wiedervereint und steckt ökonomisch voller Potential, das wir momentan leider nicht ausschöpfen. Ich sehe den Platz

Deutschlands nicht unbedingt immer am letzten Platz im Wirtschaftswachstum in Europa, da haben wir ganz andere Möglichkeiten. Wir müssen nun nicht überall die Ersten sein, aber ab und an können wir auch mal wieder die Ersten sein. Und ich möchte ein Deutschland, das sich für die Generationen in seinem eigenen Land verantwortlich fühlt und das sich genauso verantwortlich fühlt für eine Welt, in der Menschen auch außerhalb Deutschlands in Freiheit und Würde leben können.

Das wäre wirkliches Friedensengagement eines Landes wie Deutschland. Und ich betone noch einmal: Wir sind nicht irgendein Land. Wir brauchen uns nicht besonders hoch zu heben, aber wir sind ein bedeutsames Land in dieser Welt. Wir sind ein wohlhabendes Land. Wir sind ein durch das Geschenk der Wiedervereinigung gesegnetes Land. Und vielleicht gehört ja zu der Fähigkeit, anderen Frieden bringen zu können, zu allererst die Fähigkeit, auf die eigenen Leistungen ein Stück stolz sein zu können.